

**Allgemeine Satzung  
der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg  
vom 13. November 1997**

**i.d.F. der Änderungssatzungen vom 21. Juni 2001 und 02. Dezember 2010**

Auf Grund von § 1 Abs. 2 und 3, § 9 Abs. 2 und § 11 Abs. 2 des Gemeindeprüfungsanstaltsgesetzes (GPAG) in der Fassung vom 14. Juli 1983 (GBl. S. 394), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 1996 (GBl. S. 776), hat der Verwaltungsrat der Gemeindeprüfungsanstalt am 13. November 1997 folgende Satzung beschlossen:

**§ 1**

**Name, Dienstsiegel**

- (1) Die Gemeindeprüfungsanstalt führt den Namen „Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg“.
- (2) Die Gemeindeprüfungsanstalt führt in ihrem Dienstsiegel das kleine Landeswappen mit der Umschrift „Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg“.

**§ 2**

**Zweigstelle**

- (1) Die Gemeindeprüfungsanstalt errichtet in der Landeshauptstadt Stuttgart eine Zweigstelle. Die Zweigstelle Stuttgart ist für die Durchführung der überörtlichen Prüfung bei den Kommunen in den Regierungsbezirken Stuttgart und Tübingen zuständig. Der Präsident kann für die Prüfung bei besonderen Kommunalverbänden und für besondere Prüfungsbereiche eine zentrale Aufgabenwahrnehmung bestimmen.
- (2) Der Leiter der Zweigstelle Stuttgart wird vom Präsidenten im Benehmen mit dem Verwaltungsrat bestellt.

**§ 3**

**Vertretung der Verwaltungsräte**

Jeder von einem kommunalen Landesverband nach § 4 Abs. 2 GPAG gewählte Verwaltungsrat kann von jedem der von demselben Verband gewählten Stellvertreter vertreten werden (Gruppenstellvertretung). Die Reihenfolge in der Stellvertretung wird bei der Wahl bestimmt.

**§ 4**

**Entschädigung der Verwaltungsräte**

- (1) Die Verwaltungsräte und ihre Stellvertreter erhalten eine Aufwandsentschädigung, die für den Vorsitzenden und seinen Stellvertreter aus einer monatlichen Grundpauschale und einem Sitzungsgeld, für die übrigen nur aus dem Sitzungsgeld besteht. Das Sitzungsgeld wird für die Teilnahme an Sitzungen des Verwaltungsrats und etwaiger Ausschüsse gewährt. Es betragen die monatliche Grundpauschale für den Vorsitzenden 50 EUR und seinen Stellvertreter 25 EUR, das Sitzungsgeld einheitlich 50 EUR je Sitzung.
- (2) Daneben wird eine Fahrkostenerstattung nach § 5 oder Wegstreckenentschädigung nach § 6 des Landesreisekostengesetzes in der jeweils geltenden Fassung gewährt. Der Wegstreckenentschädigung wird der höchste Kilometersatz zugrunde gelegt.

**§ 5**

**Bemessungsgrundlage und Fälligkeit der Umlage**

(1) Bemessungsgrundlagen der Umlage nach § 11 Abs. 2 GPAG sind die für das einzelne Haushaltsjahr gesetzlich maßgebenden Einwohnerzahlen der Gemeinden und Landkreise sowie folgende Berechnungsgruppen:

1. Gemeinden mit Rechnungsprüfungsamt
  - a) mit nicht mehr als 60 000 Einwohnern,
  - b) mit mehr als 60 000 Einwohnern, aber nicht mehr als 200 000 Einwohnern,
  - c) mit mehr als 200 000 Einwohnern,
2. Gemeinden ohne Rechnungsprüfungsamt,
3. Landkreise.

Für die Einreihung in die Berechnungsgruppe nach Satz 1 Nr. 1 Buchst. a ist maßgebend, ob das Rechnungsprüfungsamt zu Beginn des Haushaltsjahres eingerichtet ist.

(2) Die Umlage ist am 15. Februar eines jeden Haushaltsjahres fällig. Für rückständige Beträge sind Verzugszinsen in Höhe von zwei vom Hundert über dem jeweiligen Basiszinssatz zu entrichten.

## **§ 6 Örtliche Prüfung**

Bei der Gemeindeprüfungsanstalt findet eine örtliche Prüfung in entsprechender Anwendung der Vorschriften über die örtliche Prüfung bei Gemeinden mit einem Rechnungsprüfungsamt statt. Der Präsident überträgt die Prüfungsaufgaben einem oder mehreren Prüfern der Gemeindeprüfungsanstalt, die bei Erfüllung dieser Aufgaben an Weisungen nicht gebunden sind. Von der Erläuterung des Schlussberichts vor dem Verwaltungsrat durch den Prüfer kann abgesehen werden.

## **§ 7 Bekanntmachung von Satzungen**

Satzungen der Gemeindeprüfungsanstalt sind im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg öffentlich bekanntzugeben.

## **§ 8 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am 01.01.1972 in Kraft.